

Städtische Generalversammlung.

Gestern nachmittags 3 Uhr fand die ordentliche Novembergeneralversammlung des städtischen Municipalausschusses statt. Den Vorsitz führte Bürgermeister kön. Rat Theodor Brollh.

Vor der Tagesordnung wurde auf Antrag des Repr. Hugo Dewald im Prinzip beschlossen, eine Straße der Stadt Jar Ferdinand-Straße zu benennen, ferner wurde zugunsten des Bulgarischen Roten Kreuzes die Summe von 1000 Kronen votiert.

Die Finanzkommission stellt den Antrag, die Regierung zu ersuchen, daß sie der Stadtgemeinde für Getreide das Requisitionrecht verleihen, ferner die Kriegsprodukten-N.-G. anweisen möge, daß sie der Stadt Getreide zu ermäßigtem Preis, d. h. unter den Maximalpreisen verkaufen möge. Der Beschluß möge sämtlichen Municipien telegrafisch mit dem Ersuchen mitgeteilt werden, daß sie denselben unterstützen mögen. Ferner wäre die Regierung zu ersuchen, daß sie das Einkaufsrecht der Stadtgemeinde für Getreide bis 26. Dezember verlängern möge.

Bürgermeister Brollh sagt, daß die Erteilung des Requirierungsrechtes an die Stadtgemeinde keinerlei praktischen Wert hätte, da auf dem Territorium der Stadt die Requirierung mangels von Getreide keinen Erfolg hätte, im Gebiete anderer Municipien aber nicht requiriert werden kann. Er bittet daher, diesen Teil des Antrages der Finanzkommission fallen zu lassen, ansonst aber den Antrag anzunehmen.

Repr. Alois Langer akzeptiert diesen Standpunkt des Bürgermeisters und Magistrates. Die bestehenden Zustände sind unhaltbar, es muß Wandel geschaffen werden. Der Bevölkerung muß das Recht gesichert werden, sich Brot kaufen zu können. Die Repräsentanz wird die Aktion des Magistrates, das Brot für die Bevölkerung zu sichern, bis zur letzten Konsequenz unterstützen. (Allgemeine Zustimmung.)

Nachdem noch Repr. Max Stein gesprochen, wurde der Antrag des Magistrates angenommen.

Es folgt sodann die Tagesordnung.

Der Monatsbericht des Bürgermeisters wird zur Kenntnis genommen.

Es folgt das Reskript des Ministers des Innern, mit welchem dem Beschlusse, den Angestellten der Stadt einen Steuerungsbeitrag zu geben, die Genehmigung versagt wird.

Mit Rücksicht auf die horrenden Steuern, in Betracht gezogen, daß der bewilligte Steuerungsbeitrag durch die bei den Beamtengehältern erreichten Ersparnisse gedeckt erscheint, und daß die Ersparnisse gerade dadurch erzielt wurden, daß die Beamten die Arbeiten der ins Feld gezogenen

Kollegen verrichtet haben, beantragt der Magistrat, die Generalversammlung möge den Beschluß, mit welchem der Steuerungsbeitrag votiert wurde, aufrechterhalten und neuerlich um dessen Genehmigung einschreiten und gleichzeitig auch die beiden Abgeordneten der Stadt ersuchen, wegen günstiger Erledigung bei der Regierung zu intervenieren.

Repr. Ferdinand Hirschmann unterstützt diesen Antrag und ergänzt denselben damit, daß der Municipalausschuß ein engeres Komitee entsenden möge, welches im Verein mit den beiden Reichstagsabgeordneten beim Minister des Innern vorpricht und ihn besonders darauf aufmerksam macht, daß die Stadtbeamten keine Familienzulage bekommen, während die Staatsbeamten nach jedem Kinde jährlich 200 Kronen Zuschuß beziehen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Generalversammlung hat beim Minister des Innern seinerzeit um Zustimmung ersucht, daß die Verhandlung des neuen Organisationsstatutes bis zum Eintritt des Friedens verschoben werden könne. Nun würde die Stadtgemeinde davon verständigt, daß mit Rücksicht darauf, daß die Unterbreitung des Statutes an einen fixen Termin gebunden war, dem Ansuchen nicht stattgegeben werden kann und daß das Statut so bald als möglich vorzulegen sein wird.

Dementsprechend wird der Magistrat mit der Verhandlung des Statutes und mit der ehebaldigsten Vorlage desselben betraut.

Es folgt die Vorstellung des Stadtmunicipiums Mikskolcz an die Regierung bezüglich der Versorgung der Invaliden und der Familien der infolge des Krieges gefallenen, verstorbenen und verschollenen Staatsbürger.

Die Generalversammlung beschließt, die Vorstellung zu befürworten.

Es gelangen hierauf die Offerte hiesiger Geldinstitute auf Platzierung der Barvorräte der Waisenkassa und der Hauptkassa zur Verlesung. In namentlicher Abstimmung wird beschlossen, bezüglich der ersteren das Angebot der Pozsonher Ersten Sparkassa, bezüglich der letzteren das Offert der Pozsonher Gewerbebank zu akzeptieren.

Es folgt hierauf der Bericht des Bürgermeisters in Angelegenheit der Sicherstellung des Schweinefleisches und Fettbedarfes der Bevölkerung. Hiernach haben die Verhandlungen mit der Ungarischen Schweinemast- und Fleischgewerbe-N.-G. zu einem günstigen Ergebnis geführt. Die genannte Aktiengesellschaft ist bereit, den Schweinevorrat der Stadt zur Mastung in ihrer Nagtétényer Mastanstalt zu übernehmen, wobei für die durch die Mast erfolgte Zunahme von je einem Kilogramm 3 Kronen 50 Heller zu bezahlen sind. Der Bürgermeister berichtet ferner, daß er 750 anderthalbjährige Schweine angekauft habe, welche der Nagtétényer Mastanstalt übergeben wurden.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen; die Generalversammlung beauftragt gleichzeitig den Bürgermeister, durch Einkäufe zu den jeweiligen Tagespreisen den Schweinevorrat nach Möglichkeit zu ergänzen.

Es folgt der Antrag des Magistrates, wegen Einschränkung der hauptsächlich gewerbemäßigen Verwendung von Obers und Obersschaum an die Regierung eine Vorstellung zu richten.